

**Landesbehindertenbeirat Brandenburg**

# **Jahresbericht 2025**



## Inhaltsverzeichnis

<b>1. Vorwort</b> .....	<b>3</b>
<b>2. Klausur und Sitzungen des LBB im Jahr 2025</b> .....	<b>5</b>
<b>3. Schwerpunkte der Arbeit des LBB im Jahr 2025</b> .....	<b>7</b>
3.1 Stellungnahmen .....	7
3.2 Übrige Anhörungen/ Beteiligungen und Mitwirkungen.....	9
3.3 Thementag in Cottbus .....	9
3.4 Behindertenpolitische Konferenz in Potsdam .....	10
3.5 Finanzierung der LBB-Geschäftsstelle .....	12
<b>4. Interne Arbeitsgruppen des LBB</b> .....	<b>13</b>
4.1 AG „Arbeit und Beschäftigung“ .....	13
4.2 AG „Behindertenpolitische Konferenz“ .....	13
4.3 AG „BTHG“ .....	14
4.4 AG „Gesundheit“ .....	14
4.5 AG „Infrastruktur“ .....	14
4.6 AG „Novellierung des BbgBGG“ .....	15
4.7 AG „Kinder und Jugendliche“ .....	15
<b>5. Beteiligung des LBB an externen Gremien und Ausschüssen</b> .....	<b>15</b>
<b>6. Bericht aus dem Vorstand und der Geschäftsstelle</b> .....	<b>16</b>
<b>Impressum</b> .....	<b>18</b>

## 1. Vorwort


Politisch ist die Zeit, die der Jahresbericht 2025 umfasst, insbesondere durch den Regierungswechsel nach der Landtagswahl im Dezember 2024 geprägt. Ihren Koalitionsvertrag stellten SPD und das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) unter das Motto „Brandenburg voranbringen – Bewährtes sichern. Neues schaffen“. Britta Müller (BSW) übernahm das (nur noch) für die Geschäftsbereiche Gesundheit und Soziales zuständige Ministerium (MGS), zum Staatssekretär wurde Patrick Wahl berufen. Auch die Ministerien für Infrastruktur und Landesplanung (MIL) sowie für Finanzen und Europa (MdFE) waren BSW-geführt. Diese drei Ministerien waren (und sind) für den LBB von besonderer Bedeutung, wie sich an etlichen Stellen des Jahresberichtes zeigen wird.

Schon an dieser Stelle sei ein kurzer Überblick über die Aktivitäten des LBB im Jahr 2025 gegeben: Der Beirat gab 13 Stellungnahmen zu Gesetz-, Verordnungs- und Richtlinienentwürfen ab, u.a. zur Änderung der Brandenburgischen Bauordnung, zur Vereinbarung „Pakt für Pflege 2.0“ sowie zum „Zweiten Bericht der Überwachungsstelle des Landes über den Stand der Barrierefreiheit von Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen“.

Der LBB konzipierte und organisierte im Jahr 2025 zwei große Veranstaltungen: Am 15. Juli 2025 fand in Cottbus ein Thementag mit dem Titel „Wege zum inklusiven Arbeitsmarkt - Das Budget für Ausbildung in Brandenburg etablieren“ statt, am 25. September 2025 - wie alle zwei Jahre - die Behindertenpolitische Konferenz mit dem Titel „Gewaltschutz inklusiv denken - Gewalt an Menschen mit Behinderungen erkennen, sichtbar machen, verhindern“. Beteiligt war der LBB auch an der großformatigen Veranstaltung des MGS im Dezember 2025, auf der Halbzeitbilanz des Behindertenpolitischen Maßnahmenpaketes 3.0 (MaP) 3.0) gezogen wurde.

Der Jahresbericht dokumentiert die Vielfalt der behindertenpolitischen Initiativen des LBB. Über all seinen Aktivitäten und Engagements steht das „Grundgesetz“ der Inklusion, die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK). Auf der Umsetzung der UN-BRK in Brandenburg in allen gesellschaftlichen Bereichen und damit auf der Verwirklichung der uneingeschränkten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen liegt der übergeordnete Schwerpunkt der Arbeit des Beirates, der einerseits die Landesregierung in Angelegenheiten der Behindertenpolitik berät und andererseits die Interessen der Menschen mit Behinderungen vertritt.

Der Jahresbericht ist stets auch Gelegenheit, herzlichen Dank zu sagen allen LBB-Mitgliedern, die sich aktiv in den Beirat einbringen, sei es in den verschiedenen Arbeitsgruppen, Gremien und Ausschüssen. Sei es in seinen Sitzungen und auf der Klausur.

A handwritten signature in black ink that reads "Monika Paulat". The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

Monika Paulat

Vorsitzende des Landesbehindertenbeirates Brandenburg

## 2. Klausur und Sitzungen des LBB im Jahr 2025

Im Jahr 2025 führte der LBB gemäß seiner Geschäftsordnung drei reguläre Sitzungen und eine Klausur mit anschließender Sitzung durch.

Am 06. März 2025 fanden die erste Sitzung sowie die Klausur statt. Es stellte sich der neue Staatssekretär des MGS Patrick Wahl (im Bild rechts) vor und lernte seinerseits den Vorstand und die Mitglieder des Gremiums kennen.



Im Rahmen dieser Sitzung wurden folgende Schwerpunktthemen für das Jahr 2025 festgelegt:

- Bundesteilhabegesetz (BTHG) gegen Sparzwänge verteidigen
- Novellierung des Brandenburgischen Behindertengleichstellungsgesetzes (BbgBGG)
- Begleitung bei der Umsetzung des Behindertenpolitischen Maßnahmenpaketes 3.0 (MaP 3.0)
- Vorbereitung der Behindertenpolitischen Konferenz am 25. September 2025
- Vernetzung mit den Landesministerien erweitern
- Sozialpolitische Sprecher/innen der Fraktionen des Landtages zu LBB-Sitzungen einladen
- Einrichtung einer LBB-internen AG „Digitalisierung“ (Arbeitstitel)

Auf der Sitzung am 05. Juni 2025 war Staatssekretär Wahl erneut Gast und setzte den Austausch mit dem Gremium fort. Dabei bestand die Möglichkeit für einige Mitgliedsverbände, sich vorzustellen. Gegenstand der Erörterungen war auch der 2./ 3. UN-Staatenbericht (dazu an anderer Stelle mehr).

Die Sitzung am 11. September 2025 hatte den Austausch über die gemeinsame Vertretung von LBB und dem Berliner Schwesterbeirat (LfB) im rbb-Rundfunkrat zum Gegenstand. Hierfür war der derzeitige Vertreter Stefan Schenck (LfB) eingeladen. Er berichtete u. a. über aktuelle Vorhaben zur Barrierefreiheit im rbb und über seine Arbeit im Rundfunkrat.

Auf der September-Sitzung ging es schwerpunktmäßig um den inklusiven Katastrophenschutz. Die Referentin Maria-Victoria Trümper (Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben e.V. - ISL) machte in ihrem eindrucksvollen Vortrag deutlich, dass sich Deutschland zwar zur Umsetzung der UN-BRK verpflichtet hat, aber im 2./ 3. Staatenbericht des UN-Fachausschusses noch immer erhebliche Mängel aufgezeigt werden mussten. Insbesondere beim Katastrophenschutz werden die Belange von Menschen mit Behinderungen nicht ausreichend mitgedacht. Hilfe kommt zu spät, wenn der besondere Hilfebedarf bei den für Katastrophenschutz zuständigen Stellen nicht bekannt ist. Auch in Bezug auf Fluchtmöglichkeiten werden die Bedarfe von Menschen mit Behinderungen oftmals nicht berücksichtigt. Da der Katastrophenschutz auf kommunaler Ebene geregelt ist, liegt hier auch das größte Potenzial für die notwendige Sensibilisierung. Auf Landesebene kann der LBB dennoch auch allgemeine Forderungen zur Verbesserung erheben.

Auf der letzten Sitzung des LBB am 05. Dezember 2025 fand auf Grundlage der Arbeit der AG „Infrastruktur“ (siehe nachfolgend der AG-Bericht) ein Austausch zu barrierefreiem Bauen und Wohnen statt. Inputs gaben Vertreter des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung (MIL) sowie des Verbandes der Berlin-Brandenburgischen Wohnungsunternehmen (BBU) über die aktuelle Situation im Neubau-Bereich und über Fördermöglichkeiten im Land Brandenburg. Deutlich wurde, dass der Anteil an barrierefreiem Wohnraum langsam durch fortlaufende Sanierungen und Neubauten steigt. Dazu trägt auch die Beratungsstelle für bauliche Barrierefreiheit bei, die durch das MaP 3.0 gefördert wird. Bei Bestandswohnungen sind die Standards der baulichen Barrierefreiheit oft nicht gegeben. Hier empfiehlt sich laut BBU, zumindest kleine Anpassungen vorzunehmen. Der Austausch zeigte, dass es noch einiger Anstrengung bedarf, um bezahlbaren barrierefreien Wohnraum flächendeckend zu schaffen.

### **3. Schwerpunkte der Arbeit des LBB im Jahr 2025**

#### **3.1 Stellungnahmen**

Der LBB soll gemäß § 15 Abs. 4 BbgBGG vor dem Einbringen von Gesetzentwürfen und dem Erlass von Rechtsverordnungen, die die Belange von Menschen mit Behinderungen betreffen, angehört werden. Im Jahr 2025 verfasste der Beirat 13 Stellungnahmen zu Gesetz-, Verordnungs- und Richtlinienentwürfen.

Hervorzuheben ist insbesondere die Stellungnahme zur Novellierung der Brandenburgischen Bauordnung. Forderungen des LBB waren u.a. die gesetzliche Festschreibung von notwendigen inklusiven Spielplätzen und die flächendeckende Umsetzung der Standards für barrierefreies Bauen (barrierefreie Erreichbarkeit und Nutzbarkeit).

Darüber hinaus äußerte sich der LBB zum Pakt für Pflege 2.0 in Bezug auf die pflegerische Versorgung von Menschen mit Behinderungen. Er mahnte vor allem eine differenzierte Auseinandersetzung mit den teilweise spezifischen Lebenslagen von Menschen mit Behinderungen an, wie sie bei lebenslangen pflegerischen Bedarfen bestehen, bei jüngeren pflegebedürftigen Menschen oder in der außerklinischen Intensivmedizin. Für eine nachhaltige Erweiterung der pflegerischen Fachkompetenzen sprach sich der LBB ebenfalls aus.

Der LBB gab eine Stellungnahme zum Zweiten Bericht der Überwachungsstelle des Landes über den Stand der Barrierefreiheit von Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen ab. Er forderte eine unabhängige Beratungsstelle für öffentliche Stellen sowie eine Verpflichtung von Beratungen zum Prüfbericht der Überwachungsstellen.

Sämtliche Stellungnahmen können im Volltext unter folgendem Link eingesehen werden:

<https://mgs.brandenburg.de/mgs/de/landesbehindertenbeirat/lbb-stellungnahmen/>

Auflistung der vom LBB im Jahr 2025 abgegebenen Stellungnahmen zu folgenden Gesetzgebungs-, Verordnungs- und Richtlinienverfahren:

- Verordnungsentwurf für eine Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung mittlerer Justizdienst Brandenburg (APOmJDBbg)
- Zweiter Bericht der Überwachungsstelle des Landes über den Stand der Barrierefreiheit von Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen im Land Brandenburg
- Verordnungsentwurf über richter- und beamtenrechtliche Zuständigkeiten in der ordentlichen Gerichtsbarkeit, der Verwaltungsgerichtsbarkeit, der Finanzgerichtsbarkeit und den Staatsanwaltschaften im Land Brandenburg (RuBZV)
- Endbericht Evaluation des Brandenburgischen Behindertengleichstellungsgesetzes (BbgBGG)
- Gesetz zur Änderung der Bauordnung
- Vereinbarung Pakt für Pflege 2.0
- Verordnung über Zuständigkeiten im Bereich der Arbeitsgerichtsbarkeit (ArbGZV)
- Kappungsgrenzenverordnung und Mietpreisbegrenzungsverordnung
- Brandenburgische Angebotsanerkennungsverordnung
- Artikelgesetz Bürokratieabbau MBS – Änderung des Brandenburgischen Schulgesetzes, des Brandenburgischen Lehrerbildungsgesetzes, des Brandenburgischen Erwachsenenbildungsgesetzes, der Bildungsfreistellungsverordnung, der Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen Verordnung, der Ersatzschulverordnung und der Datenschutzverordnung Schulwesen
- Drittes Gesetz zur Änderung des Jagdgesetzes für das Land Brandenburg und anderer Vorschriften
- Drittes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Richtergesetzes

### 3.2 Übrige Anhörungen/ Beteiligungen und Mitwirkungen

Der LBB wurde im Verfahren zur Besetzung der Funktion der/ des Beauftragten für die Belange der Menschen mit Behinderungen beteiligt (§ 13 Satz 2 BbgBGG). Der Beirat monierte die Ordnungsgemäßheit der Beteiligung. Dies besserte die zuständige Abteilung des MGS nach. Das Verfahren wies Besonderheiten auf, die dazu führten, dass das Gremium den Vorstand mandatierte, eine Stellungnahme abzugeben.

Der LBB stand auf Arbeitsebene im ständigen Austausch zur Umsetzung des 2023 in Kraft getretenen MaP 3.0. Er war in die Vorbereitung und Durchführung der bereits erwähnten Veranstaltung des MGS zur Halbzeit des Maßnahmenpaketes am 04. Dezember 2025 eingebunden und mit einem Impulsvortrag seiner Vorsitzenden unter dem Titel „Der Ball liegt bei uns: Partizipation im Land Brandenburg aktiv gestalten“ vertreten.

### 3.3 Thementag in Cottbus

Der Zugang zu beruflicher Bildung ist die Grundlage für die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsleben. Ein zentrales Instrument hierfür ist das **Budget für Ausbildung**. Nach seiner Einführung im Jahr 2020 wurde diese Leistung zur Teilhabe im Land Brandenburg jedoch praktisch nicht genutzt. Der LBB lud deshalb nach umfangreichen Vorarbeiten der AG „Arbeit und Beschäftigung“ zum 15. Juli 2025 zu dem Thementag „Wege zum inklusiven Arbeitsmarkt - Das Budget für Ausbildung in Brandenburg etablieren“ in das Menschenrechtszentrum Cottbus ein, um vorhandene Potenziale zu analysieren, Chancen aufzuzeigen und konkrete Handlungsoptionen für eine erfolgreiche landesweite Umsetzung zu diskutieren. Dabei tauschten aus den verschiedensten Bereichen kommende Akteurinnen und Akteure ihre Erfahrungen aus.

Zu Beginn der Veranstaltung wurden die Leistung des Budgets für Ausbildung erklärt und ein Bericht aus der Praxis gegeben. In Workshops wurden Voraussetzungen und Hindernisse sowie eine konkrete Idee zur Umsetzung des Budgets interaktiv erörtert. Alle Workshops brachten einen hohen Erkenntnisgewinn. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sich aber auch einig, dass es einer Fortsetzung der begonnenen,

längst nicht abgeschlossenen Themenarbeit bedarf. Die AG „Arbeit und Beschäftigung“ bereitet derzeit den Thementag nach.



Geplant war ursprünglich, die Workshops im ersten Halbjahr 2026 fortzusetzen und damit eine Abschlussveranstaltung Anfang 2027 vorzubereiten. Der Zeitplan hat sich jedoch verschoben. Ziel bleibt es jedenfalls, einen Ablaufplan zur erfolgreichen Umsetzung des Budgets für Ausbildung in Brandenburg zu erstellen. Ein Ergebnis hatte der Cottbuser Thementag aber bereits erreicht: Die zuvor sichtbar gewordenen unterschiedlichen regionalen Auffassungen zu den Voraussetzungen und zur Umsetzung des Budgets für Ausbildung konnten durch ihn einander angeglichen werden.

### **3.4 Behindertenpolitische Konferenz in Potsdam**

Menschen mit Behinderungen sind in besonderem Maße von den verschiedenen Formen von Gewalt betroffen – sei es körperlich, psychisch oder strukturell. Trotz dieser alarmierenden Realität wird das Thema in der öffentlichen und politischen Diskussion noch immer unzureichend behandelt. Gesellschaftliche Tabuisierungen, bestehende Abhängigkeitsverhältnisse und fehlende Sensibilisierung tragen dazu bei, dass Gewalterfahrungen weiterhin im Verborgenen bleiben. Die Behindertenpolitische Konferenz am 25. September 2025 widmete sich unter dem Titel „Gewaltschutz

inklusiv denken - Gewalt an Menschen mit Behinderungen erkennen, sichtbar machen, verhindern“ diesem sensiblen Thema und lud Akteurinnen und Akteure aus Politik, Verwaltung, Fachpraxis und Selbstvertretung zum Austausch ein.

Nach den Einführungsreferaten im ersten Teil der Konferenz bot der zweite Veranstaltungsteil Gelegenheit, in drei moderierten Workshops Erfahrungen und Wissen auszutauschen und interaktiv Lösungsansätze für die Verwirklichung eines inklusiven Gewaltschutzes zu erarbeiten. Es zeigte sich sehr deutlich das Bedürfnis der Akteurinnen und Akteure nach Vernetzung und Gründung eines Netzwerkes.



An dieser Stelle sei auf die ausführliche Dokumentation der Behindertenpolitischen Konferenz 2025 verwiesen, die unter dem Link <https://masgz.brandenburg.de/masgz/de/landesbehindertenbeirat/lbb-dokumentationen/#> nachzulesen ist.

Die AG setzt die Arbeit an dem Thema Gewaltschutz für Menschen mit Behinderungen fort und bereitet Folgeveranstaltungen vor.

### **3.5 Finanzierung der LBB-Geschäftsstelle**

Im Jahr 2025 befasste sich der LBB nicht ausschließlich mit behindertenpolitischen Fragestellungen, sondern sah sich zusätzlich mit der finanziellen Sicherstellung seiner Geschäftsstelle konfrontiert. Anlass hierfür war das Auslaufen der dreijährigen Förderperiode zum Ende des Jahres 2025.

Die finanziellen Zuwendungen des Landes zur Unterstützung der Arbeit des Beirates sind keine freiwilligen Leistungen. Mit Inkrafttreten des BTHG besteht bundesgesetzlich die Verpflichtung zur Sicherstellung einer funktionsfähigen Interessenvertretung für die Belange der Menschen mit Behinderungen. Auf landesrechtlicher Ebene leistet das Land Zuwendungen zu den angemessenen Personal- und Sachkosten der Geschäftsstelle des LBB (§ 15 Abs. 1 S. 2 BbgBGG).

Es liegt auf der Hand, dass eine seit 2019 nicht angepasste Fördersumme dem finanziellen Bedarf des LBB zum Betrieb seiner Geschäftsstelle nicht gerecht wird und hier Handlungsbedarf besteht. Der LBB selbst hat Einsparmöglichkeiten gesehen und umgesetzt. Das Einsparpotenzial ist allerdings begrenzt. Die nachhaltige Funktionsfähigkeit der Geschäftsstelle und die Existenz des LBB als gesetzlich verankertes Gremium erfordert auskömmliche zukunftsichere finanzielle Unterstützung. Auf allen Ebenen war und ist der LBB in diesem Kontext aktiv und fordert die Erfüllung der Verpflichtung ein, die nötigen Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen.

## **4. Interne Arbeitsgruppen des LBB**

Auch im Jahr 2025 waren die internen Arbeitsgruppen (AG) des LBB aktiv und befassten sich mit relevanten behindertenpolitischen Themen. Es handelt sich um folgende sieben Arbeitsgruppen, deren Mitglieder sich sehr engagiert und konstruktiv einbrachten: AG „Arbeit und Beschäftigung“, AG „BTHG“, AG „Behindertenpolitische Konferenz“, AG „Gesundheit“, AG „Infrastruktur“, AG „Novellierung des BbgBGG“ und AG „Kinder und Jugendliche“. Die Arbeitsgruppen bereiten aktuelle behindertenpolitische Themen auf, entwickeln Konzepte für die weitere Beratung und Beschlussfassung im Gremium und machen Vorschläge für Veranstaltungen des LBB zu besonders virulenten Themen. In den AGs wirken vorrangig die Mitglieder des LBB mit. Es arbeiten aber auch auf Einladung externe Gäste mit, wie z.B. kommunale Beauftragte für Menschen mit Behinderungen. Gewährleistet ist hierdurch ein fachübergreifender Austausch, der geeignet ist, politische Forderungen an den LBB heranzutragen.

### **4.1 AG „Arbeit und Beschäftigung“**

Die AG „Arbeit und Beschäftigung“ wählte als Schwerpunkt ihrer Arbeit im Jahr 2025 das Budget für Ausbildung gemäß § 61 a SGB IX (s.o.). Ziel des Budgets ist es, Menschen mit kognitiven Einschränkungen durch personenfokussierte Förderung eine für sie geeignete berufliche Ausbildung zu ermöglichen. Damit soll eines der Hemmnisse für einen Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt abgebaut werden. Die AG organisierte nach umfangreicher Vorbereitung den schon beschriebenen, sehr gut besuchten Thementag am 15. Juli 2025 in Cottbus.

### **4.2 AG „Behindertenpolitische Konferenz“**

Am 25. September 2025 fand nach Vorbereitung durch die AG die ebenfalls sehr gut angenommene 11. Behindertenpolitische Konferenz in den Räumen der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg in Potsdam statt. Die alle zwei Jahre stattfindende Konferenz thematisierte 2025 den Inklusiven Gewaltschutz in Brandenburg. Einzelheiten sind der Dokumentation zu entnehmen, auf die bereits unter Ziffer 3.4 des Jahresberichtes hingewiesen ist.

#### **4.3 AG „BTHG“**

Im Anschluss an die Erstellung eines Forderungskatalogs im Jahr 2024, der auf dem 2./ 3. Staatenbericht zur Umsetzung der UN-BRK in Deutschland basiert, finalisierte die AG im März 2025 ein an Ministerpräsidenten Dr. Dietmar Woidke adressiertes Schreiben. Darin wurden konkrete Forderungen an das Land Brandenburg zur Umsetzung der UN-BRK formuliert. Der Forderungskatalog wurde auch dem MGS zur Kenntnis gebracht. Dieser ist leider ohne Reaktion geblieben.

#### **4.4 AG „Gesundheit“**

Die AG diskutierte Brandenburg-spezifische Gesundheitsthemen, insbesondere die Auswirkungen des demografischen Wandels sowie die deutliche Zunahme seelischer Beeinträchtigungen bei jungen Menschen. Darüber hinaus beschäftigte sie sich vertieft mit dem Projekt Modellregion Gesundheit Lausitz. In diesem Zusammenhang fand ein Austausch mit dem Patientenvertreter im Innovations- und Netzwerkrat statt. Ergänzend wurde versucht, direkten Kontakt zur Modellregion aufzunehmen mit dem Ziel, die spezifischen Bedarfe von Menschen mit Behinderungen im südlichen Brandenburg einzubringen (der Kontakt kam erst 2026 zustande).

#### **4.5 AG „Infrastruktur“**

Die AG hatte sich bei ihrer Gründung zur Aufgabe gemacht, Kontakte zum MIL wieder aufleben zu lassen. Deshalb organisierte sie Treffen mit dem Abteilungsleiter 2 (Stadtentwicklung und Wohnen) und dem Abteilungsleiter 4 (Verkehr). Übergeordnetes Ziel war es, ein allgemeines Netzwerk aufzubauen und einschlägige Vorhaben der Landesregierung, wie z. B. die Fachstelle bauliche Barrierefreiheit, zu begleiten. Des Weiteren befasste sich eine UAG mit der Erfassung von barrierefreiem Wohnraum (Wohnraumkataster). Hierzu fanden Treffen mit einem Wohnungsunternehmen in Schwedt und mit dem BBU statt. Auf der LBB-Sitzung am 05. Dezember 2025 war die Schaffung bezahlbaren barrierefreien Wohnraums im Land Brandenburg ein Schwerpunkt der Tagesordnung; Inputs gaben Vertreter des MIL und des BBU (Einzelheiten s.o.).

#### **4.6 AG „Novellierung des BbgBGG“**

Die AG erstellte auf Anfrage des MGS eine Stellungnahme zum Endbericht der Evaluation des BbgBGG durch das Forschungs- und Beratungsunternehmen InterVal. Kritisch setzt sich die Stellungnahme mit der methodischen Vorgehensweise und einigen der inhaltlichen Empfehlungen des Berichtes auseinander. Nach Auffassung des LBB und seiner AG ist die Evaluation nur begrenzt tauglich als Grundlage für die Novellierung des BbgBGG.

#### **4.7 AG „Kinder und Jugendliche“**

Die AG konstituierte sich im Berichtsjahr 2025 und erstellte zunächst eine Themensammlung für die zukünftige Arbeit.

Darüber hinaus nahm sich die AG vor, sich mit Brandenburger Modelleinrichtungen der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe zu befassen. Geplant ist außerdem der Kontaktaufbau zum Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBS).

### **5. Beteiligung des LBB an externen Gremien und Ausschüssen**

Der LBB ist in verschiedenen Ausschüssen und Gremien von Landesministerien und anderen Organisationen vertreten, so im Landespflegeausschuss und in der dazugehörenden AG Lokale Pflege- und Beratungsstrukturen, in der Brandenburger Kommission, in der überörtlichen AG Betreuungswesen und der angegliederten UAG Fachkräfte. Darüber hinaus übte er seine Mitgliedschaft im Begleitgremium zum Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und ihre Kinder und der dazugehörenden AG Prävention aus. Der LBB ist in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Interreg Vla Brandenburg-Polen 2021 - 2027 im Begleitausschuss für die Projektmittelvergabe eingebunden und nahm an deren Veranstaltungen teil. Des Weiteren arbeitete der LBB in der AG Budget für Arbeit der AWO mit.

Der LBB ist mit beratender Stimme in der Schiedsstelle des Landes nach SGB IX vertreten. Er teilt sich einen Sitz mit dem Berliner Beirat im rbb-Rundfunkrat.

## **6. Bericht aus dem Vorstand und der Geschäftsstelle**

Der Vorstand traf sich, zeitweise unter Beteiligung der Geschäftsstelle, zu Vorstandssitzungen (in Präsenz oder digital).

Nach der Regierungsneubildung absolvierte der Vorstand seinen Antrittsbesuch bei Ministerin Britta Müller (MGS). Es fanden Quartalsgespräche mit dem Abteilungsleiter II des MGS statt, an denen in der Regel auch die Geschäftsstelle teilnahm.

Im Jahr 2025 beteiligte sich der LBB an folgenden besonderen Veranstaltungen: Global Disability Summit, Symposium „Sterbehilfe“ des Deutschen Sozialgerichtstages, „Digitale Barrierefreiheit für ALLE“ - Stadt-Land-Bund 2025 und Inklusives und barrierefreies Katastrophenrisikomanagement in Deutschland.

Die LBB-Geschäftsstelle wirkte umfassend in allen den LBB betreffenden Bereichen mit, sowohl in organisatorischer Hinsicht und als auch durch Teilnahme und inhaltliche Mitarbeit in den internen und externen AGs, in Ausschüssen und Gremien sowie bei weiteren besonderen Veranstaltungen (siehe Auflistung unten). Sie organisierte die internen AG-Sitzungen, die LBB-Sitzungen und die Klausur, den Thementag am 15. Juli 2025 in Cottbus sowie die Behindertenpolitische Konferenz am 25. September 2025 in Potsdam. Darüber hinaus bereitete sie die Stellungnahmen des LBB vor. Teambesprechungen in der Geschäftsstelle mit der Vorsitzenden des LBB fanden in hoher Frequenz statt. Eine enge Arbeitsbeziehung bestand auch, insbesondere zu den Finanzierungsfragen, mit dem derzeitigen Träger der LBB-Geschäftsstelle, dem Sozialverband Deutschland Landesverband Berlin-Brandenburg e.V..

Die LBB-Geschäftsstelle stand in regelmäßigem Austausch in Form von Arbeitsbesprechungen mit Vertreterinnen und Vertretern des Referats 24 des MGS.

### Auflistung der Mitwirkung des LBB an besonderen Veranstaltungen:

- Menschen mit Behinderung in der Haftanstalt
- Workshop "Gewaltschutz in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, sexualisierte Gewalt bei Frauen mit Beeinträchtigung in der eigenen Häuslichkeit"
- Fachgespräch Sexueller Kindesmissbrauch in der DDR – Fokus Menschen mit Behinderungen
- 30 Jahre Netzwerk der brandenburgischen Frauenhäuser
- Online-Veranstaltung zur barrierefreien gynäkologischen Versorgung
- Global Disability Summit
- Symposium „Sterbehilfe“ des Deutschen Sozialgerichtstages e.V.
- Inklusionstage BMAS
- Kosten und Förderung von Barrierefreiheit im Wohnungsbau" des BMWSB & der Bundesinitiative Barrierefreiheit
- Veranstaltung Stadt-Land-Bund „Barrierefreiheit für alle“
- Inklusives und barrierefreies Katastrophenrisikomanagement in Deutschland
- Fachtagung Gewaltschutz Frauen mit Behinderung
- Verbändetag LASV
- Halbzeitbilanz MaP 3.0
- Schutz von Frauen und Mädchen mit Behinderungen vor Gewalt

### Die Vorsitzende des LBB nahm an folgenden Veranstaltungen teil:

#### **Regelmäßig:**

Beratender Ausschuss des Integrationsamtes (als Ausschussmitglied),  
Sitzungen/Klausur der Landesarbeitsgemeinschaft der Kommunalen  
Behindertenbeauftragten,  
Jury Inklusionspreis;

#### **Einzelveranstaltungen:**

Verbändetreffen des Landesamtes für Soziales und Versorgung,  
Fachgespräch „Glaubhaftigkeitsbegutachtung im Kontext sexueller Gewalt in Kindheit  
und Jugend“,  
Rahmenbedingungen KITA (MBSJ),  
Verleihung des Inklusionspreises,  
Trägerkonferenz in Cottbus,  
Benefizkonzert der Stiftung Hilfe für Familien in Not;

## Impressum



Landesbehindertenbeirat  
Brandenburg

Vorsitzende:

Monika Paulat

Stellvertretende Vorsitzende:

Susanne Meffert, Henrike Weber

Geschäftsstelle:

Andreas Kellner, Anna Michel

Fotos: © Andreas Kellner

Sitz und Postanschrift der Geschäftsstelle (neu):

Landesbehindertenbeirat Brandenburg

Zum Jagenstein 3

14478 Potsdam

Telefon 0160 9587 9601

[lbb@sovd-bbg.de](mailto:lbb@sovd-bbg.de)

[www.lbb.brandenburg.de](http://www.lbb.brandenburg.de)

© 2026



Der Landesbehindertenbeirat wird gefördert durch das Brandenburgische Ministerium für Gesundheit und Soziales.